

Wo bleibt der Pioniergeist?

RUDOLF RECHSTEINER*

Wer hätte vor einem halben Jahr gedacht, dass Doris Leuthard dem Parlament ein Verbot von neuen Atomkraftwerken beantragt wird? Fukushima wird zum Katalysator der Energiepolitik. Und im Bundesrat übernehmen allein die Frauen Verantwortung, während die männlichen Mitglieder in technische Luftschlösser flüchten. Diese gesinnungsmässige Emanzipation des Bundesrates der Atomlobby ist ein Akt, der höchste Anerkennung verdient.

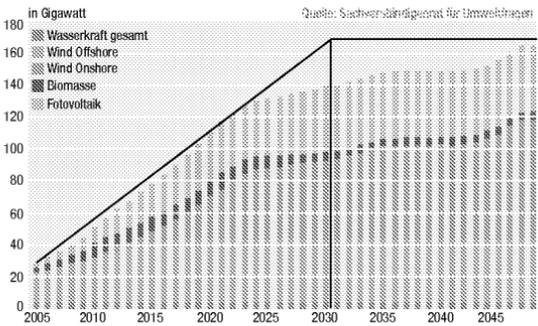
FDP-Präsident Fulvio Pelli hat die in Aussicht gestellte «Zukunft ohne Kernenergie» schon ein Quartal nach Fukushima wieder vergessen. Schade. Denn der Freisinn ist noch immer sehr mächtig. Und er war es, der die Schweiz aufbaute. Ulrich Ochsenbein schrieb die erste Bundesverfassung und lancierte die Gründung der ETH. Alfred Escher baute den Gotthardtunnel. Freisinnige Unternehmer entwickelten die einheimische Wasserkraft,

Zwanghaft verbreiten Medien, dem Ausstieg werde die Klimapolitik geopfert.

revolutionierten die Stromübertragung, bauten die Eisenbahn und elektrifizierten sie.

DIE NÄCHSTE GENERATION. Und heute? Zur Stromzukunft und zum Werkplatz Schweiz fällt dem Freisinn nur noch ein Moratorium ein. Die FDP setzt auf «Reaktoren der nächsten Generation», die es frühestens in 20 Jahren geben wird – wenn überhaupt. Diese Installationen sollen wir dann den Franzosen, den Russen oder den Chinesen abkaufen, während die

ALTERNATIVEN ZUR ATOMKRAFT: SO WILL DEUTSCHLAND DEN AUSSTIEG SCHAFFEN



Ausbau. In Deutschland ist eine Stromversorgung aus erneuerbaren Energien bis 2030 zu 85 Prozent realisierbar. Die Schweiz hat es einfacher, denn sie verfügt über einen viel grösseren Anteil an Wasserkraft. Grafik Bnz/zhz

einheimische Industrie leer aus geht. Wo bleibt da der Pioniergeist? Die FDP vertraut den Kampfpapieren der Ecomiessuisse, die nicht einmal deren Mitglieder ernst nehmen. Die Ecomiessuisse spielt auf Zeit – in der Hoffnung, die Stimmberechtigten würden die Ereignisse von Fukushima bis in zehn Jahren wieder vergessen haben. Und geradezu zwanghaft verbreiten die Zürcher Medien und ihre Deutschschweizer Ausläufer, dem Ausstieg aus der Atomenergie werde die Klimapolitik geopfert. Herzerreissend, wie sich SVP- und FDP-Parlamentarier plötzlich über Gas- und Kohlekraftwerke Sorgen machen. Sie, die sonst immer gegen CO₂-Abgaben, gegen jegliche Effizienzstandards und gegen Sanierungsprogramme Sturm laufen und dem ungereimsten Atom- und Flugverkehr huldigen.

Wie der Atomausstieg ohne CO₂-Emission funktioniert, hat der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) schon Monate vor Fukushima schriftlich dargelegt. In Deutschland bilden Photovoltaik und Windenergie die Versorgungspfeiler der Zukunft. Der Umstieg auf eine 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung kann schon 2030 nahezu vollzogen sein (Grafik). Ein solcher Weg ist auch in der Schweiz möglich, einfacher sogar. Denn 55 Prozent unseres Stroms stammen aus Wasserkraft. Wir müssen bloss 40 Prozent des Stroms ersetzen, nicht 80 Prozent wie Deutschland. Wird der Umbau der Stromversorgungserbös begonnen, werden auch die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke rasch unter Druck geraten. Denn das Verzichtspotenzial gängiger Reaktoren lässt sich nicht länger

verheimlichen. Die Kernschmelzen in Fukushima werden noch jahrelang die Sicherheit der japanischen Grossstädte gefährden. Und nun ist auch bekannt, dass Containment und Kühlsysteme, wie sie auch bei uns in Pessenheim oder Mühleberg in Gebrauch sind, nicht vom Tsunami, sondern vom Erdbeben beschädigt wurden.

ATOMAUFSICHT. Ziehen die Aufsichtsbehörden aus diesen Fakten Konsequenzen, müssen sie weltweit Nachrichten veranlassen. Eine massenhafte Schliessung von Atomkraftwerken wäre die Folge, denn bei älteren Meilern sind die Nachrichten zu teuer. Entscheidend ist deshalb, auf welcher Seite sich die Aufsichtsbehörden stellen. «Alle Aufsichtsbehörden der Welt wussten von Beginn weg, dass in Japan Kernschmelzen im Gang waren. Und alle haben geschwiegen», erklärte der englische Nuklearphysiker John Large vergangenen Freitag in Basel. «Bei der Nutzung der Kernenergie sind Mensch und Umwelt vor Gefährdungen durch ionisierende Strahlen zu schützen. Radioaktive Stoffe dürfen nur in nicht gefährlichem Umfang freigesetzt werden. Es muss insbesondere Vorsorge getroffen werden gegen eine unzulässige Freisetzung radioaktiver Stoffe sowie gegen eine unzulässige Bestrahlung von Personen im Normalbetrieb und bei Störfällen.» So steht es in Artikel 4 des Kernenergiegesetzes. Wird unsere Atomaufsicht, das Ensi, Artikel 4 durchsetzen?



* Im Mitbericht kommentieren Regierungs- und Bundesräte die Geschäfte ihrer Kollegen. Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.